

Großer Wirbel um Schuldnerbe

Das Sozialbündnis Krefeld aus 18 Gruppen kritisiert die Streichung städtischer Zuschüsse für Insolvenzberatung der katholischen Träger. Damit würden ab 2024 knapp vier Beraterstelle

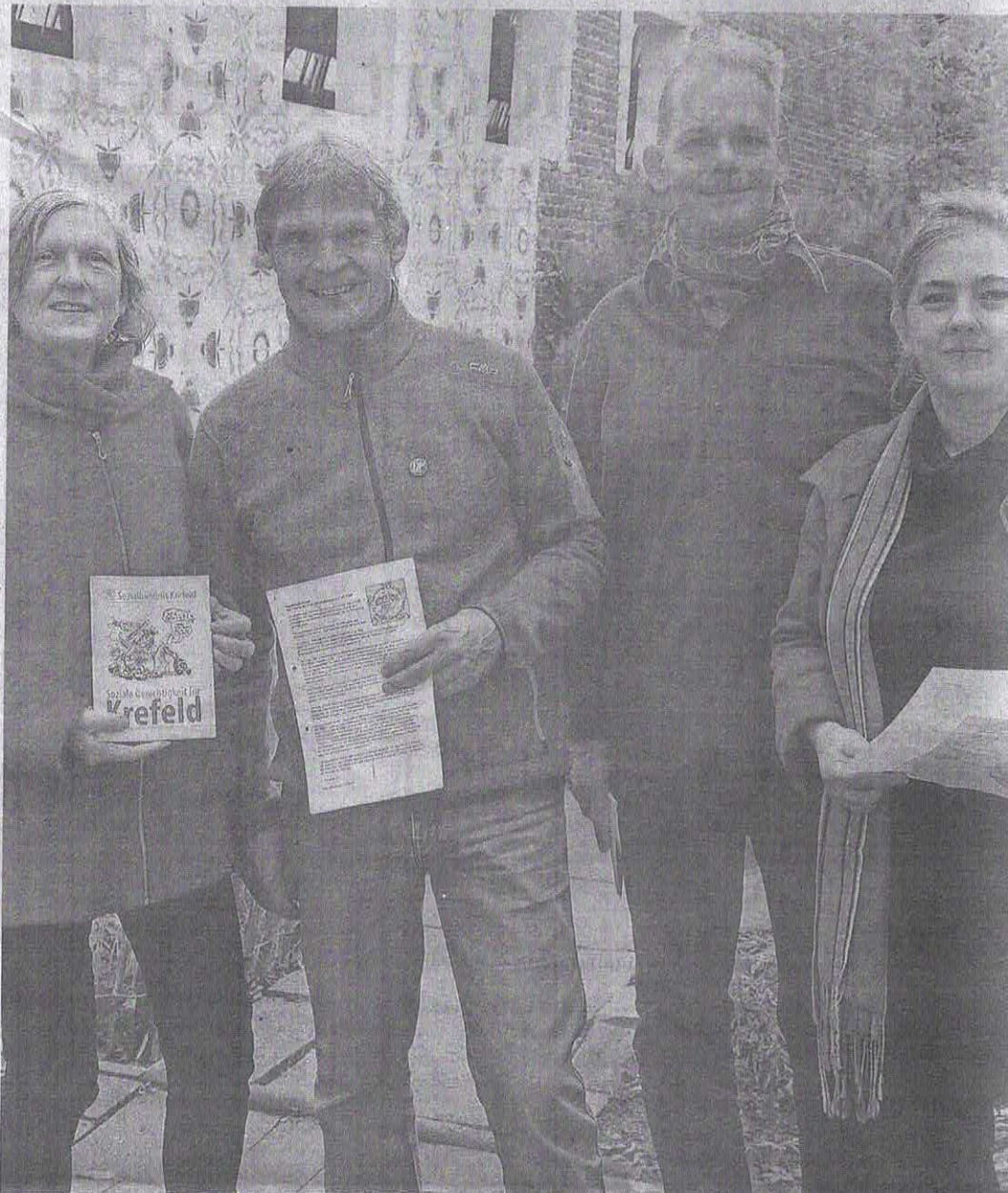
VON NORBERT STIRKEN

Die Zeit läuft: Ab 2024 sollen über Jahre bewährte Einrichtungen der Schuldner- und Insolvenzberatungen in der Stadt Krefeld keine kommunalen Zuschüsse für ihre Arbeit mehr bekommen. Betroffen sind der Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) und der Sozialdienst Katholischer Männer (SKM).

Nun bekommen die beiden katholischen Träger der Beratungsstellen starke Rückendeckung: Das Sozialbündnis Krefeld – eine Allianz zahlreicher Gruppen, Vereine, Gewerkschaften und Parteien – spricht sich für den Erhalt der bestehenden Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen in Krefeld aus und lehnt die Überlegungen der Ratsmehrheit aus SPD, Grünen und FDP, die Schuldnerberatung auf Diakonie und Verbraucherzentrale zu zentralisieren, ab.

„Welche Gründe gibt es für eine Beendigung der Finanzierung der Schuldnerberatung durch die Sozialverbände SkF und SKM“, fragt Lothar Wilhelms, Sprecher des Sozialbündnisses. „Fachliche können es nicht sein, da hier seit Jahren gute Arbeit geleistet und neben der Schuldnerberatung auch mit psychosozialer Kompetenz und Erfahrung geholfen wird.“ Beim Wegfall der städtischen Zuschüsse in Höhe von 86.000 Euro jährlich müssten zwei bewährte Beratungsstellen schließen und fast vier Vollzeitstellen gingen verloren. Für diese Mittel bekäme die Stadt die 3,6 Stellen keinesfalls finanziert. Daher habe das Sozialbündnis Krefeld keinerlei Verständnis für die Pläne von SPD, Grünen und FDP“, kritisierte Wilhelms.

„Sollten finanzielle Gründe für die Überlegungen maßgeblich sein und gar die Absicht bestehen, die Mittel für die Schuldnerberatung zu kürzen, wäre dies ein sozialpolitischer Skandal.“ Das Sozialbündnis stimme der CDU-Fraktion Krefeld und der Linken Ratsgruppe Krefeld zu: „Die Zuschüsse aus dem Krefelder Haushalt müssten in den nächsten Jahren ungekürzt weiter bewilligt werden. Die Vielfalt und Qualität der Schuldner- und Insolvenzberatung müsse erhalten bleiben“, ordnete Wilhelms.



Elisabeth Kreul (Emmaus), Lothar Wilhelms (Sozialbündnis), Stephan Hagemes (Linke) und Julia Suermondt (Linke) hier bei einer Protestaktion gegen die „Vertreibung von Bettlern und Suchtkranken“ aus der City.

Auch der Caritasverband für das Bistum Aachen habe vor wenigen Wochen die Krefelder Lokalpolitik aufgefordert, die Beratungsstellen des SkF und SKM zu erhalten und deren Bedeutung dargestellt.

Nach Kenntnis des Sozialbündnisses habe die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen Anfang Juli die Krefelder Ratsparteien dahingehend

informiert, dass sie in Krefeld keine umfassende Schuldnerberatung beziehungsweise Verbraucherinsolvenzberatung anbieten wolle und auch nicht befugt sei, Verbraucherinsolvenzberatungen durchzuführen, schreibt Wilhelms. „Unsere Antragstellung aus Dezember 2022 zielte somit nicht darauf ab, parallel zu den anderen drei (anerkannten)

Trägern in die umfassende Schuldner- und insbesondere Verbraucherinsolvenzberatung in Krefeld einsteigen“, erklärte Sigrun Krümm, Regionalleiterin im Bereich Beratung und Bildung der Verbraucherzentrale NRW. Auch die Caritas äußerte sich bereits zu der Absicht der Stadt Krefeld, künftig nur die Diakonie und Verbraucherzentrale

